

17.01.2011

Mündliche Anfragen

für die 22. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen
am 20. Januar 2011

Geschäftsbereich des Ministeriums für Schule und Weiterbildung

*15 Abgeordneter
Prof. Dr. Dr. Thomas Sternberg
CDU

Welches staatsrechtliche Verständnis hat Ministerpräsidentin Kraft von der Bundeswehr?

In ihrer Antwort (Drucksache 15/436) auf die Kleine Anfrage 51 vom 1. September 2010 der Ali Atalan, Anna Conrads, Bärbel Beuermann und Wolfgang Zimmermann von der Fraktion DIE LINKE antwortet die Ministerpräsidentin: „Die Landesregierung beabsichtigt, in Gesprächen mit der Bundeswehr einzutreten, um die bestehende Vereinbarung zwischen Bundeswehr und dem Ministerium für Schule und Weiterbildung zu modifizieren. Ziel ist es, friedenspolitischen Initiativen gleichberechtigt Raum im Unterricht zu geben.“

Der Kontext dieser Antwort ist eindeutig bestimmt durch die Fragen der Fraktionsmitglieder der Linken: Die Bundeswehr repräsentiert Krieg, Friedensinitiativen stehen für Frieden.

Die Antwort der Ministerpräsidentin schließt sich mit der Bekundung der Absicht der Landesregierung, das Abkommen des Schulministeriums mit der Bundeswehr zu modifizieren, uneingeschränkt der Auffassung der Linken an, dass die Bundeswehr Krieg repräsentiert und deshalb Friedensinitiativen zusätzlich in die Schulen eingeladen werden müssen?

*Fragen 15 und 20 aus der Fragestunde vom 16. Dezember 2010

Datum des Originals: 17.01.2011/Ausgegeben: 17.01.2011

Die Veröffentlichungen des Landtags Nordrhein-Westfalen sind einzeln gegen eine Schutzgebühr beim Archiv des Landtags Nordrhein-Westfalen, 40002 Düsseldorf, Postfach 10 11 43, Telefon (0211) 884 - 2439, zu beziehen. Der kostenfreie Abruf ist auch möglich über das Internet-Angebot des Landtags Nordrhein-Westfalen unter www.landtag.nrw.de

Die Bundeswehr hat durch das Grundgesetz den Auftrag, die Verteidigung der demokratischen Grundordnung zu gewährleisten. Sie untersteht bei der Durchführung ihres Auftrags dem Deutschen Bundestag. Sie ist damit in ihren Handlungen hoheitlich legitimiert und kann daher in Schulen, die unter staatlicher Aufsicht stehen, über ihre Arbeit informieren.

Welche Legitimation haben im Vergleich dazu Friedensinitiativen, so dass sie gleichberechtigt in den Schulen auftreten könnten?

Geschäftsbereich des Ministeriums für Wirtschaft, Energie, Bauen, Wohnen und Verkehr

*20 Abgeordneter
Hendrik Wüst CDU

Ist das Verhältnis zwischen Wirtschaft und Landesregierung zerrüttet?

Der Presseberichterstattung ist zu entnehmen, dass auf Seiten von Wirtschaft und Industrie Unmut herrscht über den Umgang der Landesregierung mit Ihren Anliegen.

So schreibt die Westdeutsche Allgemeine Zeitung am 27. November:

„Noch keine Landesregierung, noch kein Wirtschaftsminister hat es geschafft, das Verhältnis zur Industrie so schnell zu zerrütten wie Harry K. Voigtsberger.“

„Zum parlamentarischen Abend des Verbandes der Chemischen Industrie (VCI) kam Voigtsberger ebenso zu spät wie zur Jubiläumsfeier der Steag Fernwärme, wo Voigtsberger einer der Redner war.“

Kleinlich könnte man sagen, wäre da nicht die große Missstimmung, die allerorten aus den Vorstandsetagen dringt, was die Bearbeitung von Einladungen und Terminen angeht.“

„Noch schlimmer als protokollarische Missachtungen ist aus Sicht der Wirtschaft die offensichtliche Gegnerschaft, in die sich der Minister zur Industrie begibt. Beim Bayer-Konzern, der sich wie Thyssen-Krupp durchaus als Spender